F 5931 E

EAK
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Evangelische Verantwortung

November 1988

In die Politik einmischen? Zum politischen Mandat der Kirche

Eberhard Stammler



Walter Habdank

Ob es die Zerstörung der Schöpfung oder die Ungerechtigkeit in der Welt ist, ob die Rüstung, die Atomkraft oder das Apartheid-System, die Arbeitslosigkeit oder die Sonntagsarbeit als Ärgernis entdeckt und artikuliert wurde – immer haben sich christliche Stimmen und Gruppen gefunden, die von der Kirche eine eindeutige Parteinahme erwarteten.

Wer sich so engagiert, kann sich allerdings auf ein urreformatorisches Prinzip berufen: Allein die Berufung auf ein Wort Gottes, also die Heilige Schrift, reicht aus, um eine Entscheidung zu begründen und zu legitimieren. Die Reformation hatte jedem Christen die Bibel in die Hand gegeben, damit er unmittelbar aus ihr seine Lebensmaximen entnehme und an ihrer Autorität sein Gewissen orientiere. Indessen hat schon die Reformationszeit erwiesen, welche Sprengkraft dieses Prinzip in sich birgt und welche Kontroverse dadurch ausgelöst werden kann.

Die bewegte Geschichte des Protestantismus belegt die Erfahrung, daß sich letztlich jede Position, jede Meinung und Tendenz mit geeigneten Bibelstellen belegen läßt. Dafür liefert ein Blick in den christlichen Welthorizont bemerkenswerte Hinweise: So beruft sich auf die Autorität der Heiligen Schrift sowohl die Apartheid-Politik als auch die Befreiungstheologie, das Recht auf militärische Verteidigung ebenso wie der christliche Pazifismus. Dieses widerspruchsvolle Bild ist im wesentlichen dadurch zu erklären, daß solche Entscheidungen ihre Motivation meist schon im vortheologischen Raum finden. In den meisten Situationen bestimmt der soziale und politische Kontext die Grundfolie, aus der sich die jeweiligen Folgerungen ableiten. So dient dann häufig erst nachträglich die theologische und biblische Argumentation zur Bestätigung eines vorgegebenen Meinungsbildes.

Auch wenn man diese Gemengelage einkalkuliert, bleibt es doch ein Vorrecht und ein Vorzug der protestantischen Freiheit, daß sie – unter Verzicht auf ein kirchliches Lehramt – offen und beweglich auf neue Herausforderungen der Zeit reagieren und antworten kann. Frei von kirchenamtlicher Bevormundung kann sich so eine Vielfalt von Überzeugungen und Aktionen, von unterschiedlichen Stimmen und Gruppen im protestantischen Raum entfalten und ihm eine erstaunliche Lebendigkeit gewähren. Diese Pluralität verlangt allerdings zugleich die Bereitschaft, die eigene Meinung und Überzeugung nicht absolut zu setzen, sondern auch die jeweils andere zu respektieren und sich auf einen gemeinsamen Grundkonsens zu verständigen.

Wenn nun aus solchen Gruppen heraus an die Kirche die Erwartung herangetragen wird, sie solle sich in ihrem Sinn engagieren, dann müssen sie sich jedoch fragen lassen, welche Kirche sie damit meinen. Falls damit die Volkskirche angesprochen wird, steht sie vor der heiklen Frage, wessen Partei sie eigentlich vertreten soll und darf, nachdem sich in ihrem Mitgliederbestand ja der Pluralismus unserer Gesellschaft widerspiegelt. Will sie also im Namen dieser vielschichtigen Basis sprechen – und in ihren Synoden ist diese Vielfalt mit repräsentiert –, muß sie dieses ganze Meinungsspektrum einbeziehen.

Dieser inneren Spannung kann die Volkskirche nur dadurch gerecht werden, daß sie sich einem permanenten Prozeß der Konsensfindung hingibt. Sie mußte also eine Dialogkultur entwickeln, in der auch unterschiedliche oder gar gegensätzliche Positionen aufeinander zu hören lernen und einen Weg der Verständigung suchen. Als unverkennbare Folge solcher Prozesse ergibt sich allerdings ein Stil kirchlicher Verlautbarungen, der in der Regel seine Kompromißhaftigkeit nicht verleugnen kann. Pointierte, scharfgezielte Aussagen werden dadurch nur selten möglich.

Wenn nun ein Konsens über das öffentliche Wort der Kirche gefunden werden soll, bedarf es zunächst der Verständigung über das gemeinsame Fundament und den Grundtenor, an dem sich solche Aussagen orientieren sollen und können, um zu vermeiden, daß jeweils nur besonders zweckmäßig erscheinende Bibelstellen als Beleg für bestimmte Aktionen in Anspruch genommen werden. Darum gilt es, dem Gesamttenor des Evangeliums gerecht zu werden und aus ihm überzeugende Kriterien abzuleiten. Nachdem Jesus selbst der Geschichte vom barmherzigen Samariter ein besonderes Gewicht beilegte, vermittelt gerade sie mit ihrer herausfordernden Deutung der Liebe zum Nächsten immer wieder neue Anstöße und Antworten auf die Frage nach der christlichen Verantwortung in der Welt von heute.

Daraus wurde in jüngerer Zeit ein reicher Katalog von Themen und Tendenzen abgeleitet, die als Schwerpunkte kirchlicher Verlautbarungen häufig wiederkehren. Dazu gehört vor allem das Engagement für die Stummen und Schwachen in der Gesellschaft, die Verurteilung des Rassismus, der Kampf um mehr Gerechtigkeit, die Bewahrung der Schöpfung, die Aufgabe der Versöhnung und nicht zuletzt die Sorge um den Frieden. Wo die Menschenwürde gefährdet erscheint, wo Menschen unter Unrecht leiden und Mächtigen ohnmächtig ausgeliefert sind und wo Fronten oder Grenzen als unüberwindbar erscheinen, sieht sich die Kirche auch an ihre eigene Sache gewiesen. Wie intensiv sich die Kirche auf solche Themen einläßt, ist an einer Vielzahl, ja Flut von Worten, Apellen und Resolutionen abzulesen. Dabei legt sich allerdings der Eindruck nahe, daß der Aufwand selten durch deren Resonanz gedeckt und gerechtfertigt ist.

Durch diese vielfältigen Aktivitäten will die Volkskirche ihre öffentliche Aufgabe wahrnehmen – ihre Mitverantwortung für die Gesellschaft, in die sie sich eingebunden weiß.

Von einem politischen Mandat der Kirche kann also insofern die Rede sein, als sie sich durch ihren Auftrag verpflichtet sieht, „der Stadt Bestes zu suchen", sich für dieses „Beste" einzusetzen und es vor seinen Gefährdungen zu bewahren.

Dieses kirchliche Mandat setzt sich insofern allerdings selbst seine Grenzen, als es auf die unmittelbare Einmischung in die Entscheidungsprozesse der Politik zu verzichten hat. Es widerspräche dem Wesen und der Würde der Kirche, wenn sie sich selbst als Machtfaktor oder als Partei in das öffentliche Geschehen und das politische Tagesgeschäft einbringen wollte. dies gilt erst recht für die Predigt, die ihr Mandat überschreiten würde, wenn sie die Gemeinde in deren politischem Urteil bevormunden oder gar manipulieren wollte. Ihre Aufgabe wird sich vielmehr darauf zu konzentrieren haben, dem christlichen Gewissen Orientierung anzubieten, ohne dessen Freiheit zu beeinträchtigen.

Der deutsche Protestantismus hat sich über Jahre hinweg wohl zu sehr von der aktuellen politischen Thematik fixieren lassen. Viele wurden deshalb an ihrer Kirche irre – vor allem dann, wenn sie darüber jenes entscheidende Angebot vermißten: die aktuelle Botschaft von Kreuz und Auferstehung, den Trost und die Kraft des Evangeliums und die Erfahrung der Vergebung.

Dort jedoch, wo die Kirche zu ihrer Hauptsache kommt, kann sie sich auf den unverzichtbaren Anspruch berufen, daß ihr Wort konkret und verbindlich ist. So wenig der Streit um ihr politisches Mandat zu eindeutigen Antworten führen wird, so eindeutig ist und bleibt ihr Auftrag, einer bis in die Tiefe verunsicherten Welt die Gewißheit des Glaubens anzubieten.

50 Jahre danach – Vergangenheit und Gegenwart miteinander im Gespräch

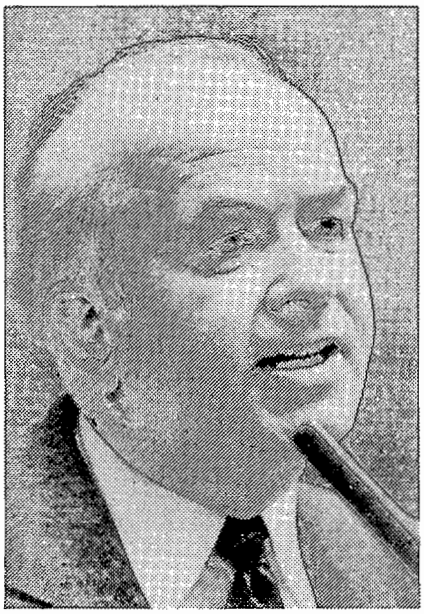
Hans Horn

Das Gedenken an die sogenannte Kristallnacht vor 50 Jahren hat die Diskussion über den Nationalsozialismus und die nationalsozialistische Herrschaft wieder verstärkt in die breite Öffentlichkeit hineingetragen.

Der Grund liegt auf der Hand, denn die Epoche der systematischen Verfolgung der Juden begann mit jener Nacht vom 9. zum 10. Nov. 1938, die sich mit ihren brutalen Übergriffen auf Leben und Eigentum der jüdischen Mitbürger, mit ihren brennenden Synagogen und Gemeindehäusern und nicht zuletzt mit der Schändung jüdischer Friedhöfe den Zeitgenossen tief eingeprägt hat und auch heute noch selbst bei geschichtlich weniger Interessierten einen festen Bestandteil historischen Wissens darstellt.

Die Fragen nach Voraussetzungen, Struktur und Wesen des Nationalsozialismus, seiner Akzeptanz durch das deutsche Volk und nicht zuletzt nach Chancen, Risiken und Intensität des Widerstandes werden erneut leidenschaftlich gestellt werden. Es dürfte sich dabei eine Übereinstimmung zwischen allen gesellschaftlich und politisch entscheidenden Kräften in der Bundesrepublik in zwei Punkten ergeben – auch dies hat schon eine hoffnungsvolle Tradition –, daß nämlich die Verbrechen an den Juden in Deutschland und Europa wie überhaupt die nationalsozialistischen Schandtaten überzeugend verurteilt werden und daß ferner glaubwürdig eine Absage an jede Form des Totalitarismus erteilt wird, der erst die Voraussetzung für ein solches Maß an Unrecht ist. Niemand möge diese Übereinstimmung für gering erachten, denn sie entspringt einer tiefen Einsicht in jene Zeit und ist eine der tragenden moralischen Säulen unseres Gemeinwesens.

Aber jenseits dieser Übereinstimmung werden die Analysen, Meinungen und Standpunkte voneinander abweichen, zum Teil weit voneinander abweichen. Diese Tatsache ist gleichsam als eine natürliche einzustufen. Einmal erzwingt jede wissenschaftliche Forschung den Streit der Argumente und zum anderen ist die Betrachtung keiner geschichtlichen Epoche mit so vielen aufwühlenden Empfindungen belastet wie die des Nationalsozialismus, weil auch der persönliche



Dr. Hans Horn

Lebensweg von Millionen bestimmt wurde durch den Nationalsozialismus und seine schwerwiegenden, auf unabsehbare Zeit fortwirkenden Folgen. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß die Verschiedenheit menschlicher Anlagen, Bildungskräfte und Lebensschicksalen immer dabei ist, wenn wir uns den Gefilden der Geschichte zuwenden.

In meinem kurzen Beitrag zu dem umfassenden Komplex Nationalsozialismus möchte ich vier Punkte herausgreifen, die ich in den oft verwirrenden Diskussionen für hilfreich erachte.

Wache Beziehung zur Historie

Es ist richtig und notwendig, daß aus der Geschichte Lehren für die Gegenwart und Zukunft gezogen werden, soweit das die Vergleichbarkeit der Zeiten zuläßt. Eindringlich muß allerdings vor der in Politik und Medien um sich greifenden Neigung gewarnt werden, die Geschichte gleichsam als eine Waffenkammer für den tagespolitischen Kampf zu mißbrauchen. Manchem Beitrag – auch wenn er in wissenschaftlichem Gewande sich empfiehlt – ist es abzuspüren, daß er weniger die Vergangenheit erhellen als vielmehr die Gegenwart umgestalten möchte. Dies geschieht dadurch, daß Personen, Gruppen, Haltungen und Meinungen in forscher Manier, manchmal sogar fast unmerklich, mit den bösesten Erscheinungen der Vergangenheit in Verbindung gebracht oder andere von den hellen Strahlen der Geschichte angerührt werden.

Es ist naheliegend, daß der Nationalsozialismus und seine Zeit eine starke Versuchung zum Mißbrauch darstellen, weil die Schatten jener Tage uns noch lange begleiten werden und gerade der politisch Handelnde in Deutschland sich dadurch gehemmt fühlen muß. Mit deutlichen Warnungen vor dieser oder jener Wiederkehr nationalsozialistischer Tendenzen sucht mancher allzu schnell für sich selbst die moralische Autorität zu erhöhen und den politischen Aktionsraum zu erweitern, vor allem auch gegenüber dem Ausland. Daß die Medien dabei eine in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzende Verstärkerrolle spielen, dessen sind wir alle Zeugen.

Nun kann man es sicherlich nur begrüßen, wenn Medienvertreter und Politiker eine wache Beziehung zur Historie haben und auch den

Nationalismus im Auge behallten. Aber sie müssen ihre Aussage bereitwillig der Dauerkorrektur durch die fortschreitende Forschung unterwerfen, die gerade in bezug auf die NS-Zeit der sachgemäßen Auswertung aller vorhandener Quellen bedarf. Auf grobe Verstöße gegen allgemein anerkannte Wahrheiten und Fakten darf man doch wohl nicht mit der Entschuldigung reagieren, daß dadurch immerhin Impulse oder Anstöße gegeben worden seien, als ob Anstöße an sich schon einen Sinn hätten. Anstöße, insbesondere wenn sie Geschichte und Gegenwart miteinander ins Gespräch bringen wollen, müssen eingebettet sein in einen entschiedenen Willen zur Wahrheit.

Historikerstreit – Blickwinkel der Opfer berücksichtigen

Der gegenwärtige abklingende oder auch schon abgeklungene sogenannte Historikerstreit, also die Kontroverse über die Frage der Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, beweist, daß der Wille zur Wahrheit nicht zur Uniformität führt. Allerdings bleibt anzumerken, daß in einigen Beiträgen dieser Wille durch eine fast neurotische Furcht vor angeblich reaktionären Entwicklungen in der Bundesrepublik ersetzt wird. Dieser Streit, so anregend er trotz aller Ausuferungen insgesamt war und ist, sollte den Ausgangspunkt nicht außer acht lassen, daß nämlich der Vergleich gigantischer Verbrechen, vor allem auch dieses Jahrhunderts, zu den heftigen Kontroversen führte. Und das muß doch mehr als erstaunen, da die in der Diskussion stehenden Fakten wie die Vernichtung von sechs Millionen Juden durch den Nationalsozialismus und der millionenfache Tod für die Angehörigen oppositioneller oder unerwünschter Gruppen in Stalins Sowjetunion unleugbar sind und auch von keinem am Streit Beteiligten geleugnet werden.

Aber warum nun dieser Streit?

Wenn ich es recht sehe, ist es der Streit um die Antriebe, Absichten und Methoden der Handelnden. Diese gründlich zu erforschen ist unzweifelhaft ein hochrangiges Erfordernis. Aber sollte nicht der Blickwinkel der Opfer deutlicher miteinbezogen werden? Für denjenigen, dessen Leben hingemordet wurde, war doch das Motiv der Mörder – um mich behutsam auszudrücken – nachgeordnet. Gerade auch aus dem Blickwinkel der Opfer kann man sehr wohl vergleichen, ohne unter dem Verdacht zu stehen, von einem Verbrechen durch den Hinweis auf ein anderes abzulenken oder ersteres sogar vergessen zu machen.

Einem Christen ist eine solche Verfahrensweise sowieso verstellt, weil er weiß, daß die Ermordeten und Geschändeten aller Zeiten nicht aus dem Heilswillen Gottes herausgefallen sind, sondern Gott im letzten Gericht die Peiniger nach jedem einzelnen Opfer fragt, wie er einst den Mörder Kain nach seinem ermordeten Bruder Abel fragte.

Die Erinnerung an die sogenannte Reichskristallnacht wird auch die Diskussion über die Rolle des Protestantismus vor und während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft nach außen hin beleben. Dies deuten schon geplante lokale Aktionen oder auch einschlägige Seminare sowie Vortragsveranstaltungen an. Die Medien dürften sich tatkräftig einschalten, und schrille Stimmen werden unbekümmert um bisherige intensive Forschungen fordern, daß endlich auch hier nichts mehr verdrängt werden solle. Immerhin gibt es schon seit 1955 die Kommission der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Geschichte des Kirchenkampfes mit einer beachtenswerten Publikationsreihe. Ein Blick in Lokal- ooder Gemeindegeschichten der jüngsten Zeit läßt feststellen, daß das Thema Kirche und Nationalsozialismus auch aus örtlichen Quellen mehr und mehr aufgearbeitet wird. Aber die Arbeit ist noch längst nicht getan! Selbst wenn die Quellen ausgewertet sind, werden die Kontroversen über ihre Bewertung nicht abreißen.

Zu warnen ist allerdings vor einseitigen und leicht eingängigen Thesen, die sich auf eine sehr gezielte und darum auf eine sehr begrenzte Quellenauswahl stützen. Ein Beispiel dafür ist der Film „Leyland", den das Westdeutsche Fernsehen im März dieses Jahres in seinem Dritten Programm ausstrahlte. In diesem Film wird der Aufstieg des Dr. Robert Ley – daher der Filmtitel – in engste Verknüpfung mit dem bergischen – speziell oberbergischen – Pietismus seiner Heimat gebracht, ja der Pietismus als Wegbereiter des Nationalsozialismus diffamiert. Grundlage dafür sind die überdurchschnittlich hohen Wahlergebnisse für die Hitlerbewegung und die positive Stellungnahme einiger Pfarrer aus der Zeit vor und nach dem 30. Januar 1933. Daß zahlreiche pietistisch geprägte Pfarrer in allen Phasen dem Nationalsozialismus gegenüber anlehnend geblieben waren oder sich alsbald von ihm abwandten und dann den Kern der oberbergischen Bekennenden Kirche bildeten, wird abgewertet, ja verdrängt.

Es ist zu befürchten, daß „Produkte" dieser Art in vermehrter Zahl auf dem Markte angeboten werden, weil die Zeitumstände dafür günstig geworden sind. Die große Mehrheit der Bürger kennt den Nationalsozialismus nicht mehr aus dem eigenen Erleben und vermag sich selbstverständlich nicht anhand der Forschung in jenes Dritte Reich zurückzuversetzen. Letzteres kann nur verhältnismäßig wenigen gelingen. Aber die Bürger spüren die fortwährende Last der Geschichte und sind darum zugänglich für einfache Erklärungen der aus der heutigen Sicht fast unbegreiflichen Vorgänge.

Unseren Schulen, insbesondere dem Geschichtsunterricht, obliegt die notwendige, aber schwere Aufgabe, die jungen Menschen mit Wesen und Zielsetzung, den Taten und Untaten des Nationalsozialismus vertraut zu machen. Die Erfahrung zeigt, daß manche junge Menschen, erschüttert über die Verbrechen, sich von der deutschen Geschichte abwenden. Das ist naheliegend, wenn der Blick auf die Zeit des Dritten Reiches mit ihren apokalyptischen Katastrophen fixiert bleibt. Unsere Schulaufsichtsbehörden, Schulpolitiker und auch die Medienmacher sind ja zum Teil der Auffassung, daß der Geschichtsunterricht dann schon

seine wesentliche Aufgabe erfüllt habe, wenn nur der Nationalsozialismus gründlich behandelt worden ist. Das ist ein gefährlicher Irrtum! Gerade den heranwachsenden jungen Mitbürgern muß die Sicht auf die ganze Spannweite der deutschen Geschichte mit ihren glanzvollen Gestalten und Ereignissen, mit ihrem reichen geistigen Vermächtnis, aber auch mit ihren Niedergängen und Tragödien offen bleiben. Sie müssen erfahren, daß alle Geschichte – um mich begrifflich an Blaise Pascal anzulehnen – von der Größe und dem Elend des Menschen bestimmt ist. Das kann vor falschen Utopien, vor inhumanen Ideologien bewahren und das eigene Verantwortungsbewußtsein für die Gegenwart schärfen. Wir dürfen gerade auch aus der Tiefe der Geschichte heraus den jungen Mitbürgern Mut machen, ihr persönliches Leben wie das der staatlichen Gemeinschaft zukunftsorientiert zu gestalten. Würden die Schrecken des Nationalsozialismus dies blockieren, so wäre das ein Stück nachträglicher Erfüllung von Hitlers Vision, daß mit ihm auch das ganze deutsche Volk unterzugehen habe. Wer kann das schon wollen?!

Fassen wir zusammen: Alle Demokraten, insbesondere die Christen unter ihnen, sind im Gedenken an den Pogrom vor 50 Jahren aufgerufen, nach der ganzen historischen Wahrheit schonungslos zu fragen. Sie sind aber auch aufgerufen, vergleichbare Vorgänge der Vergangenheit und Gegenwart deutlich zu qualifizieren. Insbesondere der Einsatz für die Menschenrechte nach allen Himmelsrichtungen hin ist ein glaubwürdiges Zeichen von Vergangenheitsbewältigung – durch Wort und Tat.

Anm.: Der Autor dieses Beitrages ist Gymnasiallehrer für Geschichte und Religion und EAK-Bezirksvorsitzender Bergisches Land.

Das Wort zum 9. November 1988 – 50. Jahrestag des Pogroms im November 1938 –, das die Evangelische Kirche in Deutschland und der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik veröffentlichten, geben wir in Auszügen wieder.

Am 9. November 1988 jährt sich zum 50. Male der Tag, an dem im damaligen Deutschen Reich auf Befehl der nationalsozialistischen Machthaber die Synagogen brannten: Jüdische Gotteshäuser wurden geschändet, jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert, jüdische Mitbürger wurden mißhandelt, verschleppt, erschlagen...

... Wenn wir heute an diese Vorgänge vom November 1938 erinnern, tun wir es nicht, um anklagend vor die Generation der damals Beteiligten zu treten. Wir tun es vielmehr in dem Bewußtsein, daß die Schuld jener Zeit ihre bindende Macht behält, wenn wir sie verschweigen oder verdrängen. Auch wenn einzelne der damals Beteiligten für ihre Taten gebüßt haben, auch wenn andere inzwischen gestorben sind und eine neue Generation herangewachsen ist, haften wir alle für die Folgen der schuldhaften Vergangenheit. Indem wir dieser bitteren Erkenntnis standhalten, werden wir uns bewußt, daß Theologie und Kirche an der langen Geschichte der Entfremdung und Feindschaft gegenüber den Juden beteiligt waren. Die Kirche sah nicht die tiefe innere Verbindung von Judentum und Christentum. Sie betrachtete die Synagoge, als sei sie von Gott verstoßen, statt in ihr das von Gott zuerst geliebte und erwählte Volk zu erblicken. Die Juden erlebten das Kreuz weithin nur als Verfolgungszeichen.

Theologische und historische Forschung hat uns in den vergangenen Jahren den Blick für Verbindendes und Gemeinsames im Glauben von Christen und Juden neu geöffnet. Es ist uns bewußt geworden, was es bedeutet, daß der Vater Jesu Christi der in der Bibel bezeugte Eine Gott ist, der sein Volk aus der Sklaverei befreite, der ihm die Treue hält und seinen Bund mit Israel niemals aufgekündigt hat.

Darum darf unser Denken, Reden und Handeln nie wieder dazu beitragen, Feindschaft gegen die Juden zu fördern. Wir müssen uns bemühen, aus unserer Alltagssprache alle Redewendungen zu verbannen, die Juden verletzen. Das gleiche gilt für die Sprache der kirchlichen Verkündigung. Vor allem aber haben wir die Pflicht, wahrheitsgetreue Kenntnisse über das Judentum, die jüdische Religion, Geschichte und Kultur sowie den jüdischen Staat – besonders in der jungen Generation – zu verbreiten und zu vertiefen. Der christlich-jüdische Dialog über zentrale Fragen unseres Glaubens verdient auf allen Ebenen Förderung und Unterstützung. Dankbar sind wir für die zahlreichen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, die sich seit Jahren mit der Thematik »Kirche und Judentum« beschäftigen. Wir ermutigen alle, in ihrem Bemühen um Verständigung zwischen Christen und Juden nicht nachzulassen. Wir bitten die Gemeinden, diese wichtige Arbeit tatkräftig zu unterstützen und nach Wegen der Begegnung zwischen Christen und Juden zu suchen.

Anerkennung verdienen auch die Bemühungen um Erhaltung und würdige Pflege der überkommenen Zeugnisse aus der reichen jüdisch-deutschen Geschichte.

Wir wollen den Juden, die trotz der unheilvollen Vergangenheit mit uns zusammenleben, die Gewißheit geben, hier Heimat zu besitzen. Ebenso treten wir dafür ein, daß der Staat Israel mit seinen Nachbarn in gerechten Grenzen einen sicheren Frieden findet.

Fünfzig Jahre nach dem Tag der Zerstörung der Synagogen bitten wir Gott, daß Juden und Christen unter seiner Güte ihren Weg in die Zukunft gemeinsam gehen können. Er erfülle an uns allen – Juden und Christen – seine Verheißungen.

Herr,
wie war das nur möglich,
daß Menschen,
die das Eigentum anderer noch nicht angetastet hatten
und in normalen Umgangsformen lebten,
in einer Nacht
Brandstifter,
Diebe,
Plünderer und Lästerer wurden?

Herr,
wie war das möglich,
daß Menschen,
die klug und nachdenklich waren,
die Meinungen prüften
und sich nicht hinter das Licht führen ließen,
plötzlich alle Lügen und Verleumdungen über Juden
ungeprüft und unwidersprochen hinnahmen und nachsprachen?

Herr,
laß uns ein Leben führen
aus Deiner vergebenden Liebe
und laß uns
allen Menschen
durch unsere Hilfe
Deine Liebe
täglich neu bezeugen.
Amen.

Friedrich Carl Eichenberg

(aus: epd-dok.)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber

Die große Stunde des „Kronprinzen“

Andreas Meier

Vor über 35 Jahren, im September 1952, empfing Bundestagspräsident Hermann Ehlers (1904 – 1954), gegen den Widerstand Adenauers und der SPD, eine Delegation der DDR-Volkskammer in Bonn. Dieser Vorgang hat damals erhebliches Aufsehen erregt. Zahlreiche Äußerungen vor allem evangelischer Gemeindeglieder gaben zu erkennen, daß sich viele Menschen von dem Treffen eine Verbesserung der politischen Atmosphäre mitten im „Kalten Krieg“ der Ost-West-Konfrontation erhofften, insbesondere eine positive Veränderung der Lage der Bewohner Mitteldeutschlands. Naturgemäß ist mancher der Versuchung erlegen, zuviel von einer solchen Begegnung zu erwarten. Angesichts der 1987 von allen politischen Parteien begrüßten Visite Erich Honeckers in der Bundesrepublik ist es vielleicht nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß der Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR Vorläufer hatte, die freilich weithin vergessen oder verdrängt worden sind. Der Autor des folgenden Beitrags ist Historiker in Berlin.

Weil ethnische Gemeinsamkeiten nationale staatliche Einheit nicht erzwängen, wie das Nebeneinander von Deutschen, Schweizern und Österreichern zeige, und weil in beiden deutschen Staaten gesellschaftliche Grundlagen entgegengesetzen ökonomischen, politischen und ideologischen Inhalts geschaffen worden seien, gehört die einheitliche deutsche Nation für die Machthaber der DDR der Vergangenheit an. In der DDR erinnern Geschichtsbücher nicht daran, wie sehr sich die Sowjetische Besatzungszone bis 1953 um die nationale antifaschistisch-demokratische Einheit Deutschlands sorgte, um jede Integration der Bundesrepublik in das westliche militärische Bündnis zu verhindern. Erstes Ziel ihrer zahllosen Appelle war es, als gleichberechtigter Staat anerkannt zu werden, also beispielsweise gemeinsam paritätisch besetzte Kommissionen zu beschicken, damit in ihnen die Geschlossenheit der durch Wahlen nicht legitimierten Befehlsempfänger Moskaus die Pluralität der natürlich immer uneinigen westlichen Demokraten ausstreche. Dieses Grundanliegen ist noch heute zu spüren, wenn das dortige Schein-Parlament, die Volkskammer, auf Anerkennung durch gegenseitige Besuche drängt. Die so erhoffte „Normalisierung“ verdeckte fundamentale Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten.

In den fünfziger Jahren schob die Bundesregierung entsprechende Appelle als sozialistische „Propagandalügen“ beiseite und machte damit ihre eigene Einheitspolitik nicht nur in den Augen der Ostdeutschen unglaubwürdig. Neben der durch ihre Moskauhörigkeit diskreditierten KPD kritisierten dieses Verhalten Vertreter der (noch gesamtdeutschen) EKD, obwohl der Berliner Ratsvorsitzende, Bischof Dibelius, für den Osten ein „Nato-Bischof“, die sowjetische Zielsetzung und Strategie genau kannte. Er erinnerte Adenauer 1951 bei seinem eindringlichen Vorbringen der Wiedervereinigung Deutschlands an das Wort des Vaters Bodelschwingh: „Nicht so langsam, sie sterben sonst drüber.“ Dies wurde als Widerspruch empfunden. Schon im Juli 1949 kritisierte Oberkirchenrat Ehlers, daß die Kritik westlicher Kirchenführer prinzipiell zu gering geachtet würde, weil die Klagen der östlichen ernsteres Leid zur Sprache brächten. Bedingungsloser Verteidiger der Kirchenleitungen war er freilich nicht! Sachfremde Urteile beanstandete er, schmükkende Bibelworte interessierten ihn wenig.

Bundestagspräsident Ehlers widersprach 1951 Adenauer, an den Grotewohl ein neues Angebot gerichtet hatte; im CDU-Parteiausschuß und in mehreren Reden empfahl er, über die Möglichkeiten eines Dialoges über den Eisernen Vorhang hinweg ernsthaft nachzudenken. Für die Bundesrepublik sei entscheidend, ob sie „in ihrem Leben und in allen Entscheidungen ihrer Politik die gesamtdeutsche Verantwortung und Zielsetzung erkennen läßt“, schrieb er am 22. Juni 1952 im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“, das Bischof Lilje gegründet hatte. **Am 16. März war auf Ehlers' Initiative hin der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU gegründet worden, dessen erster Vorsitzender er war.** Er diente nicht nur zur Integration der Evangelischen in der CDU, sondern wollte ihren Sinn für christlich verantwortetes politisches Handeln wecken, wie es die Katholiken im Kulturkampf gegen die evangelische Monarchie gelernt hatten, welcher die Evangelischen die Politik zu überlassen gewohnt waren, indem sie die Religion für ein vom öffentlichen Handeln getrenntes menschliches Innenleben reserviert sahen.



Hermann Ehlers

Das berühmte Telegramm

Ehlers war als Bundestagspräsident – seit 1950 – nicht der Richlinienkompetenz des Kanzlers unterworfen oder durch Kabinettsdisziplin gebunden. Der unbedingten Fraktionsdisziplin stand er kritisch gegenüber. „Alle Parteien müssen Fraktionszwang ausüben, eine christliche Partei darf es nicht“, hatte Pfarrer Hermann Lutze, einer der Wuppertaler Mitbegründer der CDU, 1946 im Nachwort seiner Broschüre „Ist in evangelischer Sicht eine christliche Partei nötig oder

möglich?" geschrieben. Ehlers pflichtete ihm nach jahrelanger Parlamentserfahrung bei, unterstrich 1953 in Heidelberg, daß „in mehr als hundert namentlichen Abstimmungen die SPD immer geschlossener, die CDU fast niemals geschlossen abgestimmt hat", und fragte, wie Heinemann dies „ein Antiprogramm mit christlicher Verbrämung" nennen konnte.

„Man sollte sich einer Partei nicht mit Haut und Haaren verschreiben", hatte er zwei Jahre zuvor Jugendlichen erklärt. Im Gegensatz zur Meinung mancher Theologen, vor allem des Bruderrats der ehemaligen Bekennenden Kirche, wie etwa Iwand, es sei „gefährlich, daß wir nach 1945 wieder Parteien bekamen, wodurch die wesentlichen Lebensfragen unseres Volkes verdeckt wurden", warb Ehlers um Verständnis für die „unausweichliche Notwendigkeit" demokratischer Parteien, nicht der östlichen Parteienfarce. Die Öffentlichkeit müsse freilich lernen, mehr als die zwei entgegengesetzten Meinungen im Bundestag zu sehen, in die verscheidene Ansichten integriert worden seien. Er scheute Kritik an der Regierung nicht – etwa nach dem Evangelischen Kirchentag 1951 in Groß-Berlin. Auf dessen Eröffnungsfeier habe die Bundesregierung und der damals von der SPD gestellte Westberliner Senat aus Nachlässigkeit „das Feld Pieck und seinen Leuten" überlassen. Für ihn wäre ein Regierungswechsel und der damit verbundene Verlust der Macht keine Katastrophe gewesen, die er für viele Politiker heute leider mit lebensbedrohenden Folgen ist, wie Bischof Wilkens 1987 in der Ansprache am Sarg des ehemaligen Ministerpräsidenten Barschel feststellen mußte. Zum Jahreswechsel 1952/1953, als Ehlers in der CDU zum Stellvertreter Adenauers gewählt worden war und als dessen Nachfolger galt, überlegte er sich, ob er nicht seine politische Arbeit aufgeben und in den Oberkirchenrat nach Oldenburg zurückkehren sollte.

Am 9. September 1952 erreichte das Bundestagspräsidium, Hermann Ehlers, Carlo Schmidt (SPD) und Hermann Schäfer (FDP), ein Telegramm von der Volkskammer, sie bitte um Empfang einer fünfköpfigen Delegation, die sie am 5. September gewählt habe, um dem Präsidium ein Schreiben übergeben zu lassen. In ihm bringt sie zum wiederholten Male die Rede auf eine von beiden Staaten zu beschikkende Kommission, die ein gesamtdeutsches Wahlgesetz beraten solle. Außerdem sollten sich beide Staaten an Friedensverhandlungen beteiligen.

Im Westen waren die Tücken dieser sozialistischen Einheitspolitik bekannt, die nicht zuletzt die Methode der ersten Volkskammerwahl 1950 diskreditiert hatten. Das Ergebnis war vorgegeben und reduzierte den Wahlakt zur bis heute gängigen „Faltaktion" der Stimmzettel. Auf diese „Wahl" machte Ehlers den Volkskammerpräsidenten Dieckmann aufmerksam, der den Willen Gottes in einem Brief als Argument für die „natürliche" nationale Einheit Deutschlands reklamiert hatte. „Ich wage es nicht, den Willen Gottes so selbstverständlich zu interpretieren, weil ich weiß, daß Gott sein eigenes Volk Israel fast die ganze Zeit seiner Geschichte in zwei Staaten hat leben lassen", antwortete er, obwohl sein nationales Bekenntnis eindeutig war.

Am 10. September schrieb er Dibelius, daß er den Empfang nicht ablehnen werde, obwohl er sich „von solchen Empfängen und Debatten nichts verspreche, aber wir sollten jedenfalls nicht den Eindruck erwecken, als ob wir nicht bereit wären, auch das letzte zu tun, um zu einem positiven Ergebnis zu kommen" und der SBZ so die Möglichkeit zu nehmen, Gesprächsunwilligkeit des Westens weiterhin propagandistisch als Argument gegen Bonns Deutschlandpolitik auszuschlachten. Schon ein Jahr vorher hatte Dibelius darauf hingewiesen, daß die Ostdeutschen sich an jeden Strohhalm der Hoffnung krallten, von der sowjetischen Herrschaft befreit zu werden, und verstand nun nicht, daß die Bundesregierung zwar „mit der Ostregierung Interzonenabkommen von beträchtlicher Höhe abschließen kann und dann plötzlich erklärt: Mit diesen Terrorbrüdern dürfe sich kein anständiger Mensch unterhalten".

Gegen den Entschluß des Bundestagspräsidiums, die Delegation zur Übergabe des Briefes zu empfangen, protestierte eine ungewohnte Große Koalition: Adenauer und die SPD. Diese verbot Carlo Schmid die Teilnahme am Empfang, Adenauer ließ zu Unrecht behaupten, er sei vor dem Entschluß des Präsidiums nicht konsultiert worden, und drang nun in Ehlers, den Entschluß rückgängig zu machen. Dieser wies ihn darauf hin, daß die Absage der SPD „in der Öffentlichkeit, besonders in den Kreisen der evangelischen Kirche, die immer eine gewisse Anfälligkeit für die SPD haben, einen denkbar schlechten Eindruck gemacht" habe. Beide überzeugten einander nicht, der CDU-Fraktionsvorstand stellte sich hinter Ehlers! Seine Meinung teilten auch der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, und der Berliner CDU-Landesvorsitzende Ernst Lemmer, der

Unsere Autoren:

Andreas Meier
Gustav-Müller-Str. 31, 1000 Berlin 62

Gerhard Braun
Bundesvorsitzender der Seniorenunion
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1

Waltrud Will-Feld, MdB
Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Eberhard Stammler
Isegrimmweg 3 B, 7000 Stuttgart 75

Dr. Hans Horn
Goethestraße 5, 5220 Waldbröl

Aus dem Inhalt:

In die Politik einmischen? Zum politischen Mandat der Kirche 1

50 Jahre danach Vergangenheit und Gegenwart miteinander im Gespräch 3

Die große Stunde des „Kronprinzen" 6

Zukunftspolitik zur Alterssicherung 10

Die Gesundheitsreform – ein Gesetzentwurf als erster Einstieg in eine umfassende Strukturreform 11

Protestantische Profile 14

Aus unserer Arbeit 15

ich im Herbst 1951 nach einem kurzen, überfallartigen Besuch Dertingers von der Ost-CDU bei ihm einer ähnlich überraschenden, im Namen der deutschen Einheit protestierenden Koalition des „Telegraf" von der SPD-Berlin und des dortigen „Tagesspiegel" gegenübergesehen hatte.

Daß Ehlers viele Kirchenführer aus der EKD stützten, nimmt nicht wunder. Die gesamtdeutsche kirchliche Organisation, die in vielen persönlichen Verbindungen wurzelte, sollte spürbar Vorstufe der nationalen Einheit sein. Generalsuperintendent Jacobi, der spätere Bischof von Oldenburg, unterstützte Ehlers aus Berlin, weil das „vernünftig" begründete regelmäßige Nein aus Bonn auf die Ostdeutschen eine Schockwirkung ausübe und in ihnen das Gefühl der Verlassenheit und Auswegslosigkeit steigere. Sein Votum wog natürlich schwerer als ein ähnliches des Thüringischen Bischof Mitzenheim, der sich in seinen Briefen an Ehlers und Bischof Lilje zum Parteigänger der Pankower Machthaber machte.

Der Empfang war von eisig distanzierter Höflichkeit, nach 18 Minuten beendet. Die Besucher empfing Demonstantengebrüll und ein Hagel von Tomaten. Gespräche mit Bonner Abgeordneten kamen nicht zustande, denn nur die Regierung könne und solle für ihr Land verhandeln, betonte Ehlers. Und er nannte einige in der SBZ systemimmanente Verbrechen konkret beim Namen.

Ehlers' Rede handelte von den Mißständen in der SBZ, er brachte seine Gäste auf das Zuchthaus Waldheim – in der SBZ hatten Zuchthäuser die nach dem Krieg weitergeführten Konzentrationslager ersetzt, die „Frankfurter Rundschau" berichtete von 150 000 politisch mißliebigen Gefangenen in der SBZ –, und er sprach von Dr. Linse, einem in der SBZ grundlos inhaftierten westdeutschen Rechtsanwalt, um dessen Freilassung viele kämpften. Er versteckte mithin seine Kritik nicht in formelhaften Lippenbekenntnissen, er ordnete Verantwortlichkeiten menschlich und nicht sachlich zu. Das gebetsmühlenartig wiederholte Bekenntnis, „von deutschem Boden" dürfe kein Krieg ausgehen, hätte er nicht mitgesprochen, weil nicht der geographische Ausgangsort einer mitlitärischen Aktion entscheidend ist, sondern menschliches Handeln. Dem deutschen Volk sei das Mittel der Kriegsführung fraglich geworden. Heute würde er wohl darauf hinweisen, daß dem Friedensbekenntnis der DDR zum Trotz an der innerdeutschen Grenze von Deutschen „friedenssichernd" auf deutsche „Republikflüchtlinge" oft tödlich geschossen wird.

Obwohl er 1952 Verbrechen konkret kritisierte, zwang er durch die simple Tatsache des Empfangs die SBZ, den für sie erniedrigenden Empfang rückblickend als „Durchbruch für die Sache des Friedens" (Dieckmann) zu preisen. Bekanntlich verzeichnen die DDR-Regierungen dergleichen „Durchbrüche" in ihrer Politik häufig, locken ihretwegen westliche Regierungen gerne auf mißverständliche terminologische und dann vertragliche Leimspuren. Ehlers' damaliger Hinweis, Begriffe wie Frieden, Freiheit und Demokratie hätten eine „gefährlich zwiespältige Bedeutung", ist durchaus aktuell, jüngste Mahnungen des sowjetischen Geheimdienstchefs, Tschebrikow, hinter Perestrojka dürfe man nicht „bürgerliche", also liberale Freiheits- und Demokratievorstellungen vermuten, bestätigen die Warnung Ehlers noch heute. Wenn die Unterschiedlichkeit der Meinungen bekannt ist, sind wir es uns geradezu „schuldig, daß wir diese Dinge sagen, wie wir sie sehen müssen und wie wir sie mit großer Sorge sehen". Wie kümmerlich nehmen sich daneben die Worte Schäubles vom 8. September aus, Kohl und Honecker hätten in ihrem Gespäch erkennen lassen, beiden (!) täte es leid, daß an der innerdeutschen Grenze geschossen wird.

Die Chance blieb ungenutzt

Sachliche Erfolge erwartete Ehlers nicht, das Verhalten der östlichen Regierung diskreditierte die östlichen Vorschläge. Aber kann nicht das durch den Empfang gewonnene argumentative Ergebnis im Umgang mit den östlichen Staaten auch bei eigener Westbindung als diplomatischer Erfolg gewertet werden? Weil diese Frage damals weder von der Opposition noch von der Regierung gestellt wurde, wurde die so eröffnete Chance ostpolitisch nicht genutzt. In ihrer Konsequenz hätte schon damals eine Deutschlandpolitik liegen können, die das Leben trotz und mit der unvergessenen Sperrlinie erleichtert hätte – heute ist ein Abriß der Mauer auch in der Perestrojka nicht vorgesehen, vielmehr strickt Gorbatschow die Mauerlüge des „Schutzwalles" fort.

Nicht zu Unrecht nimmt man an, daß Politiker ohne Manuskript, dessen diplomatische Formulierungen der Presse im voraus übergeben werden, ehrlicher aussprechen, was ihnen auf dem Herzen liegt. Dergleichen erfreuliche Aussagen ersetzen freilich keine Verträge. Wichtig für ihre Interpretation ist es, die sie auslösenden Gefühle einzubeziehen. Insofern war es ein kleiner Erfolg des Empfangs 1952, daß dem stellvertretenden Ministerpräsident Nuschke im ungewohnten Gespräch mit westlichen Journalisten herausrutschte, der gefürchtete brutale Staatssicherheitsdienst der Sowjetzone (SSD) gehorche nicht der Regierung, sondern sich selbst. Eingeständnis einer für die Betroffenen bitteren und aus dem Dritten Reich bekannten pluriformen Herrschaftsform. Nicht viel angenehmer war das Eingeständnis, mit dem Honecker am 8. September abends beim Essen in der Godesberger Redoute aufwartete, als er betonte, Sozialismus und Kapitalismus, also die beiden deutschen Staaten, deren Repräsentanten miteinander speisten, vertrügen sich wie Feuer und Wasser.

Ehlers' Aufgabe und Wunsch war es nicht, als Parlamentspräsident Außenpolitik neben und gegen die Regierung zu betreiben. Daß er sich mit dem Empfang im Widerstand gegen Adenauer nicht an der Rand der CDU manöviert hatte, ließ seine bejubelte Wahl zu dessen Stellvertreter auf dem Parteitag im Oktober 1952 in Berlin erkennen. Er wurde mit ebenso vielen Stimmen wie Adenauer gewählt! Spätestens hier zeigte sich, wie unglaubwürdig die Behauptung der „Frankfurter

Rundschau" war, gegen ihn würden Schritte in der CDU beabsichtigt. Er habe an der Spitze evangelischer Abgeordneter der Partei gestanden, die für direkte westöstliche Gespräche eingetreten seien. Dies erkläre ein Versprechen, das Ehlers „in dieser Hinsicht Bischof Dibelius und anderen prominenten Vertretern der evangelischen Kirche gegeben habe". Ehlers tat dies als „politische Brunnenvergiftung" ab, die mit einer „Mohrenwäsche für die SPD" verbunden wäre. Deren „dauerndes Nein ohne einen konstruktiven Gegenvorschlag hat in der Bevölkerung verheerend gewirkt".

Trotz seiner überzeugenden Mehrheiten stand Ehlers nicht nur am 19. September allein. Er unterstützte Adenauers Politik, stieß sich aber bisweilen an des „Alten" autokratischer Regierungsweise. In seiner Feinfühligkeit und Offenheit waren ihm manche bedingungslose Urteile nicht möglich, die ausschließend wirken mußten. Er hielt an letzter brüderlicher Verbundenheit auch zu denen fest, mit denen er politisch im Zwist lag. Er ging seinen Weg unbekümmert: Vor seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten 1950 wurde in der CDU-Fraktion gefordert, er solle sich von Niemöller distanzieren, der die Regierung scharf attackiert hatte. Ehlers weigerte sich! In den Jahren seines politischen Lebens war sein politischer Widerspruch nicht nur an der Wahrheitsgemäßheit seines Inhalts orientiert, sondern auch in seinem Verhältnis zu anderen Menschen wahrhaftig. Dies Bestreben, der „lebendigen Wahrheit (Bonhoeffer) gerecht zu werden und mit dem wahrheitsgemäßen Wort nicht als weltunabhängiger konstanter Größe zu operieren, bedingte, daß auf dem ihm auch am 19. September 1952 vorschwebenden Weg „Unsicherheit" entstünde, er in einem „Zwielicht" zu stehen schiene, wie ihm Propst Asmussen schrieb. Dessen Urteil war apodiktisch klar, die EKD sei das Einfallstor des Kommunisten in Westdeutschland. Was anderes als „Verklemmung" konnte Ehlers bei ihm und seinem politischen Gegenspieler Niemöller, die beide wie Ehlers aus der Bekennenden Kirche stammten, feststellen?

Kein Verständnis bei Adenauer

Sein früher Tod 1954 verhinderte die Kanzlerschaft des unumstrittenen „Kronprinzen" Ehlers, der Adenauer wegen seiner Qualitäten, die sich in ungeheuren – ohne ihn im evangelischen Norden Deutschlands wahrscheinlich unmöglichen – Wahlerfolgen niederschlugen, lieb und doch unheimlich war. Bei den Bundestagswahlen 1953 erhielt Ehlers in Delmenhorst 53,8 Prozent Erst- und 31,7 Prozent Zweitsimmen, bei Adenauer lagen die Erstnur 4,8 Prozent über den Zweitstimmen. Adenauer ist wohl für die ganze Zeit seiner Kanzlerschaft ohne den Unwillen nicht zu denken, mit dem er einen ökumenischen Gedankenaustausch in Wuppertal in der Gründungszeit der CDU 1945 kommentiert hatte: „Ich verstehe gar nicht, daß die protestantischen Herren immer alles so kompliziert sehen."

Wie wenig Beachtung Ehlers in der Geschichtsschreibung findet, verwundert. Den sehr umstrittenen Empfang 1952 erwähnt fast keine Geschichte der Bundesrepublik. Auch der Vordenker der sozial-liberalen Entspannungspolitik, Bender, geht in seinem neuen Buch über die Geschichte der Ostpolitik über diesen Anlauf stillschweigend hinweg. Alfred Grosser erwähnt den Empfang in seiner „Geschichte Deutschlands seit 1945" nicht und macht den Juristen Ehlers zum „ausgebildeten Theologen und Konsistorialrat". Hans Peter Schwarz erwähnt in seiner monumentösen „Ära Adenauer" den Empfang nicht, folgt auch darin dem alten Kanzler, der ihn in seinen Memoiren verschweigt. Ehlers deutschlandpolitische Eigenwilligkeit erwähnt der Historiker in Band I seines „Fürstenspiegels" über Adenauer in einer schwer verständlichen Ironie, da er selber evangelisch ist, allen Evangelischen fast als letzte politisch tolerierbare Gnade zugestanden, weil sie – nur sie? – die Verbindung mit ihren östlichen Glaubensbrüdern nicht abreißen lassen wollten. Hat Adenauer hier etwas von seinem verständnislosen Unwillen an seinen evangelischen Biographen vererbt?

Wir Evangelische heute meinen nicht mehr, daß sich die politische Einheit aus der kirchlichen ergebe. Zwischen den Kirchen in Ost und West besteht gleichwohl eine „besondere Gemeinschaft" fort. Politisch erträumen wir nicht mehr die Einheit, der Geist, in dem das Grundgesetz verfaßt wurde, in dem Ehlers dachte, ist uns fremd geworden. Wir achten auf den Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes, der allen Deutschen nicht die unbedingte Wiedervereinigung, sondern das Recht auf freie Selbstbestimmung zuspricht – in welchem Staat auch immer. Kirche und Staat sind verpflichtet, dieses Ziel der freien Selbstbestimmung nicht aus den Augen zu verlieren und nicht permanent auf dem falschen Bein einer vieldeutigen Friedenspolitik „Hurra" zu schreien. Es ist zu hoffen, solange die CDU den Bundeskanzler stellt, daß in dessen Enkelphilosophie neben Ludwig Erhard und Adenauer, der starr die 1952 vielleicht eröffnete, von der SPD in sterilem Widerstand übergangene ostpolitische argumentative Möglichkeit verkannt hat, Hermann Ehlers Platz findet.

Anmerkung: Der Beitrag ist den Lutherischen Monatsheften entnommen.

EAK-Landestagung

„Für ein menschliches Miteinander – mehr Solidarität in unserer Gesellschaft"

Vortrag von
Ministerpräsident Dr. Lothar Späth

Samstag, den 10. 12. 1988, 10–13 Uhr
Patriotisches Gebäude, Hamburg

Leitung:
Dr. Sieghard-Carsten Kampf

Anmeldung:
EAK Hamburg, Leinpfad 74,
2000 Hamburg 60

Zukunftspolitik zur Alterssicherung

Gerhard Braun

Altersthemen wurden bislang unter folgenden drei Gesichtspunkten diskutiert: wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Aspekte. Diese Zusammenhänge bleiben auch weiterhin von großer Bedeutung für die Politik der nächsten Jahre. Hinzu kommen jedoch ganz neue Herausforderungen und politische Aufgaben, die sich beispielsweise durch die gestiegene Lebenserwartung, medizinische Fortschritte sowie durch ein neues Selbstverständnis der älteren Generation ergeben.

Der Wandel hin zu einer Gesellschaft, die immer älter wird, fordert von einer zukunftsorientierten Politik, daß neue Lösungswege im Umgang und im Zusammenleben mit der älteren Generation erarbeitet werden.

Zunahme der älteren Bevölkerung als Ausgangslage

Die Zahl der älteren Mitbürger über 60 Jahre wird ständig zunehmen. Bis 1990 wird ihre Zahl um 600 000 auf rund 13 Millionen ansteigen. Voraussichtlich werden im Jahre 2030 etwa 17 Millionen Mitbürger über 60 Jahre bei uns leben. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird von rund 20 Prozent kontinuierlich bis auf 36 Prozent ansteigen.

Betrachtet man diese Angabe unter historischen Dimensionen, so betrug der Anteil der über 60jährigen im Jahre 1890 noch fünf Prozent und ist inzwischen im Jahre 1988 auf über 21 Prozent angestiegen. Bezieht man in die bekannten Statistiken zur demographischen Entwicklung den Faktor einer noch weiter sinkenden Geburtenrate mit ein, so kann im Jahre 2030 der Anteil der über 60jährigen sogar auf etwa 44 Prozent anwachsen.

Erste Konsequenzen aus den skizzierten Wandlungen

Unter dem Gesichtspunkt der demographischen Veränderungen und des rapiden sozialen und technologischen Wandels im Verlauf der letzten Jahre und der skizzierten Herausforderungen, die sich langfristig für unsere Gesellschaft ergeben werden, muß neu bestimmt werden, was soziale Ordnungspolitik alles bedeutet und welche Wege beschritten werden.



Gerhard Braun, Bundesvorsitzender der Seniorenunion

Die anstehenden Herausforderungen können nur durch neue Denkstrukturen souverän gelöst werden. Diese neuen Denkstrukturen beinhalten folgende Aspekte:

- Die Fragen des Alters dürfen nicht länger ausschließlich unter dem Phänomen „Krankheit" erforscht werden; vielmehr muß eine zukünftige Analyse des Alterns unter dem Blickwinkel des „normalen Alterns", das nicht Abbau und Verlust von Fähigkeiten und Fertigkeiten bedeuten muß, neu erörtert werden.

- Die medizinischen Vorsorgemaßnahmen für alte Menschen müssen ausgebaut werden.

- Weiterbildungsmöglichkeiten für die ältere Generation müssen erweitert werden, und diese dürfen nicht den Charakter der Beschäftigungstherapie haben. Vielmehr kommt es darauf an, daß die ältere Generation im Rahmen von nachberuflichen Tätigkeitsfeldern sinnerfüllende Aufgabenstellungen hat und zugleich ihre gemachten Lebenserfahrungen in alle gesellschaftspolitische Bereiche mit einbringen kann. Selbständig und aktiv sein im Alter heißt: Verantwortlich Aufgaben wahrnehmen und gleichzeitig dem Altersabbau vorbeugen.

- Im Hinblick auf eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht müssen Forschungsergebnisse und Forschungserkenntnisse politisch umgesetzt werden, die beispielsweise aussagen, daß ältere Menschen nicht immer mit ihren Kindern und Kindeskindern zusammen wohnen und zusammen leben wollen. Zumeist ist eine „innere Nähe" nur bei „äußerer Distanz" gegeben. Demzufolge tragen außerfamiliäre Kontakte nicht unwesentlich zum Wohlbefinden älterer Menschen bei.

- Es kann nicht länger angehen, daß ältere und alte Menschen durch leichtfertige Etikettierung (Lebeling-Effekt) generell in die Gruppe der Schwerbehinderten und Pflegebedürftigen eingeordnet werden. Hierzu gehört u.a. auch die Pauschalierung von „altengerechten" bzw. „behinder-

tengerechten" Wohnungen, Hilfsmitteln, Transportmitteln usw. Alte Menschen brauchen keine „altengerechten" oder „behindertengerechten" Maßnahmen, sondern vielmehr menschengerechte und menschenwürdige Verhältnisse.

– Pflegebedürftige und alte Menschen brauchen das Recht auf Rehabilitation. In diesem Zusammenhang muß die Geriatrie und die Gerontologie ausgebaut werden, damit die Rehabilitation alter und erkrankter Menschen nicht nur stärker erforscht, sondern zugleich auch voll ausgeschöpft werden kann.

– Die überwiegende Mehrzahl der älteren Menschen will nicht einseitig betreut werden, sondern aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Deshalb geht es im Hinblick auf eine Gestaltung unserer Zukunft darum, daß die Teilhabe der älteren Generation an allen gesellschaftlichen Bereichen gewährleistet ist.

Bei Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte wird unsere Gesellschaft die drastischen Veränderungen im Altersaufbau unserer Bevölkerung souverän im Hinblick auf eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht gestalten. Die ersten Beschlüsse zur Zukunftssicherung wurden vor kurzem getroffen.

Zukunftsorientierte Alterssicherung

Als Bundesvorsitzender der Senioren-Union begrüße ich nachdrücklich den einstimmigen Beschluß des CDU-Bundesausschusses vom 26. September 1988 zur Rentenstrukturreform. Nach längerer und teilweise kontroverser, aber ohne Schärfen geführte Diskussion stimmten auch diejenigen zu, die den Antrag zuvor kritisiert hatten. Dabei ist mit dieser herausragenden Konzeption zur Rentenstrukturreform insbesondere folgendes berücksichtigt worden: Mit der Reform soll den Problemen begegnet werden, die daraus entstehen, daß in den nächsten Jahrzehnten immer weniger Beitragszahler für immer mehr Renten aufkommen müssen.

Zugleich sieht das Konzept vor, die Rentenansprüche von Frauen, die Kinder erziehen, und von Personen, die pflegebedürftige Familienangehörige betreuen, besser abzusichern.

Zu diesem Zweck sollen für die Kindererziehung künftig drei Jahre statt bisher ein Jahr „rentenbegründend und rentenerhöhend" angerechnet werden.

Für die in der häuslichen Pflege Tätigen sollen die Bedingungen zur Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen verbessert und weitere Maßnahmen zur Sicherstellung angemessener Renten angestrebt werden. Mit dieser Konzeption wird ein Beitrag zum menschengerechten Altwerden geleistet.

Die Gesundheitsreform – ein Gesetzentwurf als erster Einstieg in eine umfassende Strukturreform

Waltrud Will-Feld

Der Entwurf eines Gesundheits-Reform-Gesetzes wurde am 6. Mai 1988 im Deutschen Bundestag eingebracht. Die parlamentarischen Beratungen sollen noch zum Jahresende abgeschlossen sein, Verbesserungen des vorliegenden Entwurfs können in den parlamentarischen Beratungen noch eingebracht werden. Eine Reform ist dringend notwendig. Der gesetzlichen Krankenversicherung in einem bisher gut funktionierenden System droht der Zusammenbruch durch Überforderung.

Die ausufernden sozialen Wohltaten der 70er Jahre vermehrten, weil jeder sich leichten Zugang



Waltrud Will-Feld, MdB
Mitglied des EAK-Bundesvorstandes

verschaffen konnte, sehr schnell seine Nutznießer. Die Krankenversicherung bietet keinen Anreiz zum sparsamen Umgang mit teuren Medikamenten und teuren Dienstleistungen. Der Beitragszahler kann bei Beitragserhöhung in aller Regel nicht kündigen; er wird dadurch auch verleitet, seine Nachfrage nach Gesundheitsleistungen zu erhöhen.

Erhaltung der Gesundheit kostet immer mehr Geld

Und so vollzog sich die Explosion der Ausgaben in der gesetzlichen

Krankenversicherung: 1960 waren es noch rund 9 Mrd DM jährlich; 1970 waren die Kosten auf 25 Mrd DM angewachsen. Bereits 1975 explodierten sie auf 75 Mrd DM und 1987 sind es 125 Mrd DM.

Die Erhaltung der Gesundheit der Bürger in der Bundesrepublik durch ambulante und stationäre ärztliche Versorgung kostet immer mehr Geld. Auf die Frage nach der Ursache der katastrophalen finanziellen Lage kommt eine Reihe zusätzlicher Gründe hinzu. Da ist einmal die Weltgesundheitsorganisation, die den Begriff der Krankheit immer weiter ausgedehnt hat. So zählen zu den Krankheiten Zustände, die vor 30 Jahren von der Gesellschaft noch nicht als Krankheit akzeptiert worden sind; wie beispielsweise Alkoholismus, Drogensucht, Erziehungs- und Eheprobleme, ja selbst die Vereinsamung.

Das Gesundheitswesen ist ein **Dienstleistungsbetrieb.** Dienstleistungsbetriebe sind sehr teuer; vor allem auch deshalb, weil sie personal- und kapitalintensiv sind. Rund um die Uhr muß Personal zur Verfügung stehen. Der medizinische und technische Fortschritt in der Medizin, der nicht gehemmt werden sollte, ist gewaltig. Der medizinische Fortschritt lindert Leiden und erhält Leben. Aber er kostet ebenfalls viel Geld.

Die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nimmt bedrohliche Formen an; der Anteil der älteren Menschen wächst, der Anteil der jüngeren Menschen geht zurück. Der Anteil der über 60jährigen in unserer Bevölkerung wird bis 1990 auf fast 22 %, das sind fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung, ansteigen.

Warum nur die gesetzliche Krankenversicherung reformieren

Die Gesundheitsreform bezieht sich nur auf die gesetzliche Krankenversicherung. Zu Recht wird daher die Frage gestellt, warum nur die gesetzliche Krankenversicherung, sind die anderen Krankenversicherungssysteme nicht so belastet? Es sind vor allem die Ortskrankenkassen, „die die Risikogruppen" zu versorgen haben; wie Behinderte, Mitglieder mit geringeren Beitragszahlungen, aber höherem Krankkheitsrisiko (wie Bauarbeiter, Bauhandwerker etc.).

Um in eine Ersatzkasse aufgenommen zu werden, ist ein Antrag erforderlich. Diese Kasse kann dadurch die Mitglieder filtern; z. B. die Angestellten einer Behörde im Einzugsbereich einer Ortskrankenkasse gehören alle einer Ersatzkasse an (wohl gemerkt: auch Ersatzkassen gehören zur gesetzlichen Krankenversicherung, doch ihre finanzielle Belastungen sind nicht so katastrophal) bis auf einen, der Bluter ist und nicht aufgenommen wurde. Dieser eine verblieb bei der Ortskrankenkasse und belastet diese jährlich mit DM 300 000,–. Aber es sind auch Angehörige von Selbständigen, die durch geringe Beiträge zusätzliche Belastungen bringen; der Unternehmer ist privatversichert; Ehefrau ist Angestellte in seinem Betrieb und mit den Kindern mit einem relativ niedrigen Beitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung voll versichert.

Ein anderes Beispiel: Das Sterbegeld wurde erst um 400,– DM, dann um 500,– DM erhöht; mit der Erhöhung des Sterbegeldes erhöhten sich gleichzeitig auch die Rechnungen der Bestattungsinstitute.

Es sind die Verwerfungen, die die gesetzlichen Krankenversicherungen in den Ruin treiben.

Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung wieder herstellen

Auch bei der Gesundheitsreform wird die Forderung nach Gerechtigkeit erhoben, und fix ist der Vorwurf „unsozial" in der Debatte. Das Schlagwort von der Umverteilung ist zum Selbstläufer geworden. Es fehlt eine Definition des Begriffs der Gerechtigkeit. Es ist bisher auch nie der Versuch unternommen worden, die Bedürftigkeit als sozialen Anspruch zu beschreiben.

Alle sind sich einig: Die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung muß wieder hergestellt werden. Jeder weiß um die finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenversicherung. Doch das St.-Florians-Prinzip – zünd' nicht mein Haus, sondern das des Nachbarn an – feiert in der Diskussion um diese Reform fröhliche Urständ.

Die Strukturreform im Gesundheitswesen soll sich in mehreren Stufen vollziehen. Der vorliegende Gesetzentwurf stellt einen ersten Schritt in den Leistungsbereich dar. Ein Kernstück der Reform – als neues Strukturelement – sind die **Festbeträge.** Der Festbetrag soll bei den Arzneimitteln, bei den Heil- und Hilfsmitteln das medizinisch Notwendige abdecken.

Die Grundidee ist einleuchtend:

Die Bundesregierung zu den Festbeträgen:

„Der Patient wird mit dem Festbetrag Auswahlmöglichkeiten zwi-

Die Bundesregierung zu den Zuzahlungen:

„Zuzahlungen sind zu leisten:

	wo Festbeträge gelten	Arzneimittel	Heilmittel	Fahrkosten	Zahnersatz	stationäre Vorsorge/ Reha-Maßnahmen
Kinder	keine	keine	keine	ja	ja	keine
Geringverdiener*)	keine	höchstens 2 % des Brutto-Einkommens		keine	keine	keine
alle Versicherten		höchstens 2 % des Brutto-Einkommens			ja	ja

*) Alleinstehende 1232 DM brutto, Verheiratete 1694 DM, je Kind 308 DM dazu.

schen gleichwertigen und qualitativ guten Arzneimitteln haben. Entscheidet sich der Patient für ein teureres Präparat, muß er die Differenz zwischen Festbetrag und Preis selber zahlen. Wo Alternativen nicht vorhanden sind, trägt die Krankenkasse die Kosten des Medikaments.

Die Festbeträge für Arzneimittel sollen wie folgt eingeführt werden: Ab 1989 bei wirkstoffgleichen Arzneimitteln – sie machen etwa ein Drittel des Arzneimittelmarktes der gesetzlichen Krankenversicherung aus. Bei den übrigen Arzneimitteln mit pharmakologisch-therapeutisch vergleichbaren Wirkstoffen bzw. mit pharmakologisch vergleichbaren Wirkstoffen erfolgt ein schrittweises Umstellen auf Festbeträge. Deshalb ist eine übergangsweise Zahlung von 2 auf 3 DM für Arzneien vorgesehen. Ab 1991 soll für die restlichen Arzneimittel, für die ein Festbetrag noch nicht festgesetzt ist, eine prozentuale Zuzahlung eingeführt werden.

- Der Zuschuß bei offenen Badekuren soll auf 15 DM je Tag begrenzt werden.

- Unwirtschaftliche Arznei-, Heil- und Hilfsmittel sollen nicht mehr von der Krankenkasse übernommen werden.

Um die Eigenverantwortung der Versicherten zu stärken, müssen verbesserte Rahmenbedingungen für Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung geschaffen werden.

- Die Krankenkassen sollen sich daher künftig an den Kosten zahnmedizinischer Erziehung in Kindergärten und Schulen beteiligen.

- Eine zahnärztliche Vorsorgeuntersuchung für Versicherte von 14 bis 25 Jahren und eine regelmäßige Gesundheitsuntersuchung durch den Arzt auf Risikofaktoren (Gesundheits-check-up) für Versicherte ab 35 Jahren sollen eingeführt werden."

So weit die Darstellung der Bundesregierung zu den Festbeträgen. Jeder soll ohne Zuzahlung das für ihn erforderliche Arznei-, Heil- oder Hilfsmittel erhalten.

Der Entwurf des Gesundheits-Reformgesetzes sieht vor, Versicherte in besonderen Fällen von Zuzahlungen zu befreien. Erstens: Wo Festbeträge für Arznei- und Heilmittel gelten. Zweitens: Kinder unter 18 Jahren mit Ausnahme Zahnersatz und Fahrkosten. Drittens: Geringverdiener bei Fahrkosten, Zahnersatz, stationären Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen. Viertens: Für Versicherte, die für Zuzahlungen bei Arznei- und Heilmitteln sowie Fahrkosten mehr als 2 % des Brutto-Einkommens (über 54 000 DM Jahreseinkommen 4 %) aufbringen, trägt den darüber hinausgehenden Betrag die Krankenkasse."

Vorbeugen ist besser als heilen

Diese Strukturreform soll **Solidarität und Eigenverantwortung** der Versicherten in eine neue Balance bringen. Überversorgungen sollen abgebaut und Verschwendung soll bekämpft werden, um das medizinisch Notwendige weiterhin mit solidarischen Pflichtbeiträgen finanzieren zu können. Dabei soll der Grundsatz „Vorbeugen ist besser als heilen" gelten. Dabei ist nicht zu verkennen, daß es schwierig werden kann, wenn bei Verordnungen im Bereich der Arzneimittel auf Nachahmer-Präparate zurückgegriffen wird. Es wird von den Apothekern der Einwand erhoben, daß oftmals – trotz Wirkstoffidentität des Arzneimittels – in Einzelfällen keine Wirkungsidentität vorhanden sei.

Norbert Blüm weiter: „Die Reform soll Versorgungsdefizite bei der Hilfe für Schwer- und Schwerst-Pflegebedürftige beseitigen."

Deshalb sollen die Krankenkassen einen Beitrag zur besseren sozialen Absicherung bei Pflegebedürftigkeit leisten. Die häusliche Pflege von Schwerpflegebedürftigen soll gestärkt und die Angehörigen, die die Hauptlast der Pflege tragen, sollen entlastet werden.

Ein Schwerpunkt der Reform ist die **Krankheitsvorsorge.** Die Krankheitsvorsorge soll ausgebaut werden: z. B. durch die Förderung von Forschung, Modellvorhaben und Früherkennungsmaßnahmen zur Bekämpfung der großen Volkskrankheiten Krebs, Herz- und Kreislauferkrankungen, Rheuma, Allergien, der psychischen Krankheiten und AIDS.

In den Medien werden schon Pläne, Vorschläge und Überlegungen als „beschlossene Gesetze" verkauft. Die Interessenverbände wiederum greifen immer nur die Teile des Gesetzentwurfes auf, die ihr Klientel interessieren und kritisieren Einzelaspekte. „Raubritter seien edel im Vergleich zur CDU. Die Raubritter hätten zumindest die reichen Bauern und geldsatten Kaufleute bestohlen." So dürfen die Auseinandersetzungen nicht weitergeführt werden! Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein erster Einstieg in eine umfassende Strukturreform, und er kann von daher noch nicht alle Anforderungen an eine Strukturreform befriedigen.

10. Bonner Theologisches Gespräch

Donnerstag, den 1. Dezember 1988, 18.30 Uhr
Kleiner Saal, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1

»Die Theologie Karl Barths und ihre politische Wirkung«

Podiumsgespräch mit: Prof. Dr. Friedrich W. Graf, Augsburg
Prof. Dr. Michael Weinrich, Paderborn

Einleitung: EAK-Bundesvorsitzender Staatsminister Albrecht Martin, MdL
Gesprächsleitung: Dr. Gauger, Politische Akademie Eichholz

Konrad-Adenauer-Stiftung Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Anmeldung unter Telefon 02 28/544-306

Protestantische Profile

Wolfgang von Geldern

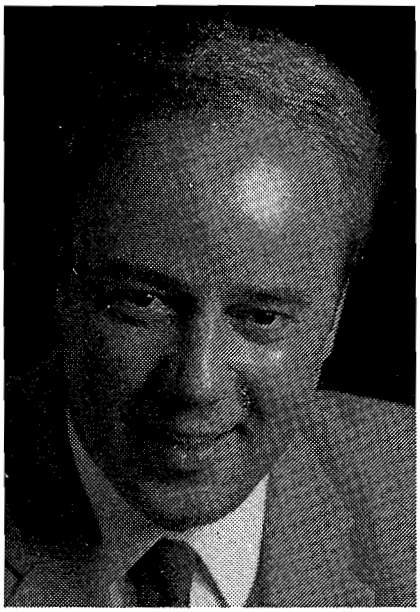
Diesmal wird der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Wolfgang von Geldern über seine Beziehung zur Religion und die eigene politische Tätigkeit „laut nachdenken".

Gegenstand der Politik ist die Ordnung und Gestaltung menschlichen Zusammenlebens. Von der überschaubaren griechischen Polis über Rom bis zum heutigen modernen Industriestaat ist das nie anders gewesen, schon Aristoteles (Zoon Politikon) und besonders Cicero haben die menschliche Natur als auf das Leben in der Gemeinschaft angelegt gültig beschrieben und die sich daraus ergebende unausweichliche Notwendigkeit politischen Handelns. Aber die damit grundsätzlich gegebene Begründung für „Politik als Beruf" kann den, der wie ich in der heutigen parlamentarischen Demokratie diese Tätigkeit auf Zeit ausübt, allein nicht befriedigen. Politik ohne System, Bezug, Orientierung ist ständig in Gefahr, an inneren Widersprüchen zu scheitern und letztlich ohne Sinn, weil sie nicht wirklich gestaltet, sondern nur verwaltet und ohne Motiv und Ziel keine akzeptable Ordnung hervorbringen kann.

Diese Einsicht gewinnt, meine ich, jeder, der – unabhängig von seiner Religion oder Weltanschauung – über sein Tun nachdenkt, wenn er „Politik macht".

Dabei gebe ich zu, daß die Verführung groß ist – etwa im hektischen Bonner Alltag – das Nachdenken über die eigene politische Tätigkeit aus dem Terminkalender weitgehend zu verbannen. (Mein verstorbener Kollege Dr. Werner Marx schrieb mir einmal zu Weihnachten sinngemäß, er sei überzeugt, daß unsere Politik besser wäre, wenn wir nachts mehr schlafen und tags mehr nachdenken würden, als uns Tag und Nacht von Termin zu Termin hetzen zu lassen).

Wer Politik macht, braucht also ein Bezugssystem, aus dem er für seine zahlreichen Einzelentscheidungen Orientierung schöpfen kann. Diese Bindung, diesen Maßstab gewinne ich aus der christlichen Religion.



Dr. Wolfgang von Geldern, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Als 15jähriger habe ich mit Romano Guardini über das Goethe-Wort korrespondiert „Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, hat auch Religion; wer diese beiden nicht besitzt, der habe Religion". Dies Wort hatte mich – zu unrecht – empört. Gespräche zu Hause, der Religionsunterricht, stark gefördert durch den Unterricht in den alten Sprachen – ich wollte Pastor werden – gaben mir, wie ich glaubte, eine ganz klare Orientierung. Die Bibel und besonders das mit Wortkonkordanz und zweisprachiger Ausgabe mit Hingabe studierte Neue Testament war damals meine wichtigste geistige Grundlage.

Die Zeiten ändern sich jedoch.

Hin- und hergerissen, begeistert, enttäuscht, zweifelnd habe ich mich auf alle philosophischen Texte gestürzt, derer ich habhaft werden konnte. Besonders die französische Existenzphilosophie beeindruckte mich tief.

Als einziger meines Jahrgangs wählte ich unter einer Reihe von Abiturthemen in Deutsch den Satz von Camus „Der Mensch bestimmt selbst, was er ist" in glühender Zustimmung. John Steinbeck mit dem existenz- und religionsphilosophischen „Jenseits von Eden" baute mir eine Brücke. Aber auch als Student habe ich noch lange gesucht. Von Bedeutung für mich war auch Pinchas Lapide. Ich habe lange gesucht und wiedergefunden.

„Glaube, Liebe, Hoffnung", das Evangelium Jesu Christi, gibt mir mehr als die unverzichtbare Orientierung. Es gibt Kraft. Es ist für die Politik als Gestaltung menschlichen Zusammenlebens für mich eine Quelle und ein Ziel, die ich gegen nichts mehr eintauschen könnte.

Buchbesprechung

Jizchak Schwersenz: Die versteckte Gruppe, 204 Seiten.
Wichern Verlag, Berlin 1988

Daten und Fakten der nationalsozialistischen Judenverfolgung sind bekannt. Wie aber lebten die bedrohten Menschen? Wie lebten junge Juden mit der täglichen Demütigung und Verfolgung? Was konnten ihre Lehrer und Erzieher gegen Resignation und Verzweiflung tun?

Dieses Buch gibt eine Antwort. Der Autor, der heute in Haifa lebt, gehörte zu denen, die Kinder und Jugendliche im Nazi-Deutschland auf eine Übersiedlung nach Palästina vorbereiteten. Die zionistische Hoffnung, verbunden mit den Idealen der Jugendbewegung, gaben ihm und seiner Gruppe die Kraft, sich den Deportationen zu entziehen und ein Leben im Untergrund zu wagen.

Die Autobiografie von Jizchak Schwersenz ist subjektiv und dokumentarisch zugleich: Sie gibt Einblick in die Probleme und Diskussionen der Betroffenen, der selten ist. Ein ermutigendes und erschütterndes Buch. Für Leser, die wissen wollen, wie es aus jüdischer Sicht gewesen ist.

Aus unserer Arbeit

In einem Interview, das der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm den „Nordelbischen Stimmen" gab, spricht er u. a. das Verhältnis der Parteien zur Kirche an:

... Daß die Spitzen der sozialdemokratischen Partei nicht nur ein unverkrampftes, sondern ein positives Verhältnis zur Kirche haben, ist bekannt. Wie steht es damit aber an der Basis? sind nicht in Ortsvereinen, in denen die Mitgliedschaft nach wie vor „klassisch sozialdemokratisch" zusammengesetzt ist, große Vorbehalte gegen alles, was kirchlich ist, anzutreffen?

Der SPD-Politiker bestätigt, daß es Rudimente solcher Vorbehalte in seiner Partei noch gibt. Er erklärte sie aus der Entstehungsgeschichte der SPD, die nicht nur eine marxistische, sondern auch eine genossenschaftliche Wurzel habe. Beide aber hätten im Laufe der Entwicklung nur bedingt Zugang zur Kirche gehabt. „Das hat nicht an ihnen selbst gelegen", betont er, „sondern daran, daß in der Regel Staat und Kirche so stark miteinander verquickt waren. Kirche ist Teil des Staates gewesen, und jener Staat war Obrigkeit und gouvernemental ganz stark ausgerichtet – der hat die Arbeitnehmer gezwiebelt. Anders kann man es nicht nennen. Inzwischen aber gebe es in der SPD viele, die in der abendländischen Kirchengeschichte wurzeln und von ihr zehren.

Es gebe, meint Engholm, in seiner Partei mehr über zeugte Christen als in jenen Parteien, die demonstrativ das C im Parteinamen führten. Und auch manch ein Atheist habe in der Auseinandersetzung mit der Kirche ein engeres Verhältnis zur Kirche als jemand, der einfach konventionell Kirche besuche und Kirche annehme ...

Auf die in Auszügen abgedruckten Äußerungen schrieb Hans Bleckmann, Mitglied des EAK-Bundesvorstandes und EAK-Kreisvorsitzender aus Pinneberg, der Redaktion folgenden Leserbrief.

... Verantwortliche Politiker wie Engholm, die dazu neigen, Kirche für sich und ihre Partei zu vereinnahmen und sich dabei vorrangig auf populistisch ausgerichtete Engagements stützen, müssen sich sagen lassen, daß sie auf diese Weise den Parteienwettstreit und somit die Polarisierung in die Kirche tragen. Dies kann und wird ihr nicht gut tun.

Unbestritten unter den Demokraten ist doch wohl, daß zur Funktion eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaates Institutionen in freier und eigenverantwortlicher Trägerschaft gehören, so insbesondere die Kirchen. Sie sind ein unverzichtbarer Faktor in unserem Staate. Ihre Aufgaben können sie nur eigenverantwortlich erfüllen, wenn in ihr „alle!" Christen – welcher politischen Richtung sie auch zuneigen mögen – respektiert werden und frei bleiben von ungebetenen Bevormundungen. So ist es sehr gewagt, wenn der Ministerpräsident in seiner Partei „mehr überzeugte Christen" ausmacht, als in der CDU und dazu die treuen Gottesdienstbesucher schamlos brüskiert, indem er ihre Ernsthaftigkeit des „Christseins" in Zweifel zieht und Atheisten ein engeres Verhältnis zur Kirche attestiert. Wer kann denn in das „Innere" der konventionellen Gottesdienstbesucher hineinsehen und darüber urteilen, ob sie nicht doch aus dem Hören des Wortes, dem Fundament der Bibel, das der Predigt zugrunde liegt, jene Kraft schöpfen, die ihnen Hoffnung und Zuversicht für das Leben gibt?

Grundsätzlich gilt doch wohl, daß sich „Christ" nennen kann, der im Glauben steht, d. h. sich zu Gott und Jesus Christus bekennt, die zehn Gebote achtet, die Heilige Schrift zum Maßstab seines Glaubens und Handelns macht, sowie am kirchlichen Gemeindeleben teilnimmt.

Dies fordert zu der Frage heraus: Wer ist berufen, darüber zu befinden, wer als Christ anzusehen ist? Genügen zum Christsein bloße moralisierende, aktionistische Engagements? Ab wann wirkt ein Christ überzeugend? Doch auf die Länge der Zeit gesehen dann, wenn er deutlich machen kann, wie sein praktisches Wirken seine Impulse aus der persönlichen Begegnung mit der Verkündigung des Evangeliums zieht.

Steht es uns Menschen zu, so über andere zu urteilen und das Unkraut vom Weizen zu trennen?

Parteien sind gut beraten, wenn sie keinen Wettstreit darüber entfalten, welche Partei denn die besseren, die überzeugenderen Christen in der Kirche präsentiert ...

Stärkung des Religionsunterrichtes

Bonn. „Der Religionsunterricht – ein Fach mit Zukunft?", so lautete das Thema einer Fachtagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, zu der der Bundesvorsitzende, Staatsminister **Albrecht Martin,** ins „Haus der Evangelischen Kirche" in Bonn eingeladen hatte. Angesichts der noch schwelenden, heftigen Auseinandersetzung zwischen der SPD geführten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen einerseits und den beiden großen christlichen Kirchen andererseits um den künftigen Stellenwert des Religionsunterrichts an den allgemeinbildenden- und weiterbildenden Schulen des Landes, wollte der EAK ganz bewußt eine Informationstagung durchführen, hatte sich bei seinen Einladungen ausnahmslos an Religionslehrer aller Schulformen, Studenten, Referendare, Seminar- und Fachleiter, Pfarrer, Vertreter der Kultusbehörde und der Eltern- und Lehrerverbände gewandt.

Die große Resonanz, die der Veranstalter fand, zeugt für die Dringlichkeit der behandelten Fragen. **Herbert Reul,** Bildungsexperte der CDU im Düsseldorfer Landtag, bedankte sich denn auch ausdrücklich dafür, daß „die Diskussion um den Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen nicht länger hinter verschlossenen Türen ausgetragen wird". Schon beim einleitenden Referat von **Prof. Dr. Hans-Dieter Bastian** wurde deutlich, daß es beim gegenwärtigen Disput letzlich auch um die Inhalte des Religionsunterrichts geht.

Der Bonner Ordinarius, Seminardirektor der Abteilung für Religionspädagogik der Evangelisch-Theologischen Fakultät, bemängelte die oftmals einseitige Anbindung des Religionsunterrichts an sozialethische und gesellschaftspolitische Themen. Der Religionsunterricht, so Bastian, sei damit ein getreues Spiegelbild vorherrschender Tendenzen innerhalb der Kirche. Auf dem Hintergrund der geistesgeschichtlichen Umwandlung von Religion in Moral und Hypermoral, von Glaubensgewißheit in politische Überzeugung, werde der Religionsunterricht immer weiter nivelliert, träten biblisch-theologische Argumente allenfalls noch als Rechtfertigungshilfen längst vorgegebener Überzeugungen zutage.

mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

Andererseits entwickele sich gerade der Religionsunterricht immer mehr zu einem Objekt parteilicher, ja parteipolitischer Interessen. So wären marxistische, sozialistische und emanzipatorische Zugriffe auf Richtlinien und Praxis des Fachs deutlich belegbar. Der Religionsunterricht sei aber weder gesellschaftskritische Universalethik, noch vom Zeitgeist inspirierte Gesinnungskunde. Zukunft, so das Fazit von Prof. Bastian, habe der Religionsunterricht nur dann, wenn er sich wieder auf seine eigentliche Aufgabe, die Vermittlung des christlichen Glaubens und die Erziehung des Gewissens, konzentriert, den Schüler als ein auf religiöse Unterweisung angewiesenes und angelegtes Wesen wieder in das Zentrum seines pädagogischen Handelns stellt.

Mit seinem sehr engagierten, teilweise provokativ formulierten Vortrag bot er den Teilnehmern der anschließenden Podiumsdiskussion die nötigen Angriffsflächen für eine konstruktive Auseinandersetzung.

Staatssekretär **Friedrich Besch** vom Kultusministerium in Düsseldorf wies den Vorwurf von der „Verwüstung" der Schule energisch zurück und verwies stattdessen auf die Bemühungen der Landesregierung gerade im Hinblick auf den Religionsunterricht, nicht zuletzt, weil nur dieses Fach im Grundgesetz als ordentliches Lehrfach festgelegt und damit in seiner zentralen Bedeutung herausgestellt sei. Der Ausfall von 28 000 Religionsstunden pro Woche (!) sei zwar bedauerlich, doch verglichen mit anderen Fächern eher harmlos. Ernst sei die Lage allenfalls bei den Berufsschulen, wo fast die Hälfte des Religionsunterrichts ausfiele. Das eigentliche Problem sei, so konterte Besch, daß den Religionslehrern die Schüler „in Scharen davonlaufen". Für diese Entwicklung seien aber nicht die Politiker, sondern vor allem die Kirchen verantwortlich, die die Inhalte des Religionsunterrichts maßgeblich bestimmten und auch die Lehrerfortbildung unter ihrer Regie hätten.

Damit war Landeskirchenrat **Joachim Wahlefeld** direkt angesprochen. Seiner Meinung nach sind die meisten Abmeldungen nicht auf Gewissensgründe zurückzuführen, sondern sind von äußeren Faktoren bestimmt. So wird entgegen den Verfügungen der Regierungspräsidenten der Religionsunterricht oftmals aus organisatorischen Gründen in den Randstunden erteilt. Gäbe es zudem ein obligatorisches Ersatzfach „Ethik", in anderen Bundesländern von der Verfassung vorgeschrieben, dann sähe die Sache schon ganz anders aus. Unterstützt wurde Wahlefeld hier von Pfarrer **Gerhard Struwe,** Schulreferent des Kirchenkreises und damit verantwortlich für die Betreuung der Religionslehrer. Sorgen bereitet ihm, daß zu wenig neue Religionslehrer eingestellt werden. Da die meisten Schulen nur einen Fachlehrer mit entsprechender Lehrerlaubnis haben, muß dieser den gesamten anfallenden Religionsunterricht allein erteilen, eine für Lehrer und Schüler gleichermaßen unbefriedigende Lösung. Hinsichtlich der Inhalte des Faches machte er deutlich, daß der Religionsunterricht nicht „Kirche in der Schule" sei. Als kirchlich mitverantwortetes und als ordentliches Lehrfach der öffentlichen Schule unterliege es einer doppelten Orientierung. Dementsprechend gehe es im Unterricht immer um die Vermittlung von biblischer Tradition und heutiger Lebenssituation.

Auch **Dr. Renate Albach,** Vorsitzende des Elternverbandes in Nordrhein-Westfalen, zeichnete ein düsteres Bild des gegenwärtigen Religionsunterrichts. Sie erinnerte im Zusammenhang mit den ausfallenden Religionsstunden an die in Nordrhein-Westfalen geplante zusätzliche Pflichtbindung in der Oberstufe, was letztlich eine Einschränkung der Wahlmöglichkeiten der Schüler bedeute und deshalb bei vielen eine Abwahl des Religionsunterrichts zur Folge haben würde. Im übrigen unterstütze sie die Forderung Bastians nach einem stärker bibelorientierten Religionsunterricht und betonte, der Religionsunterricht könne eben nicht wertneutral, sondern nur bekenntnisgebunden erteilt werden. Statt grundlegender und lebensbejahender Antworten aber werde im Religionsunterricht zuviel politisiert, problematisiert und in Frage gestellt. Staatsminister Albrecht Martin griff diese Gedanken von Frau Dr. Albach in seinen Schlußüberlegungen auf und gab zu bedenken, daß es im Religionsunterricht darüber hinaus auch um die Vermittlung von Kenntnissen gehe, die für das Verständnis unserer Kultur, unserer Geschichte, Literatur, Musik und Kunst unverzichtbar seien.

Vehement kritisierte der CDU-Landtagsabgeordnete Reul die Bildungspolitik der Landesregierung. Die besorgten Anfragen der Kirchen hielt er für durchaus berechtigt und meinte, die Politiker in Nordrhein-Westfalen müßten sich fragen lassen, was sie dazu beitrügen, die Zukunft des Religionsunterrichts zu sichern.

Bei der zur Verfügung stehenden Zeit war von vornherein klar, daß nicht alle zur Diskussion stehenden Fragen ausreichend berücksichtigt werden konnten. So wurde bei der anschließenden vielleicht zu kurzen Aussprache im Plenum deutlich, daß es nicht nur um die Rahmenbedingungen des Religionsunterrichts geht, sondern um ganz existentielle Probleme der Religionslehrer selbst. Wie kein anderer Lehrer, so eine Tagungsteilnehmerin, werde der Religionslehrer immer wieder von Eltern, Schülern und Kollegen in Frage gestellt, müsse sich selbst und sein Fach rechtfertigen. Anlaß genug für den Evangelischen Arbeitskreis, die Frage des Selbstverständnisses des Religionslehrers auf einer dann hoffentlich ähnlich spannenden und informativen Tagung zu erörtern.

Johannes Heide